Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Sonntags-Ausgabe

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

108. Jahrgang

Bezugspreise: für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure zweimal täglich ins Haus gebracht: monatlich 1.25 M., vierteljährlich 3.75 M. Bei der Geschäftsstelle, unseren Filialen und Ausgabestellen abgeholt: monatlich 1 M., vierteljährlich 3 M. Durch die Post: innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien monatlich 1.50 M., vierteljährlich 4.50 M., ausschließlich Postbestellgeld. Das Leipziger Tageblatt erscheint werktags 2mal, Sonn- u. Feiertags 1mal. In Leipzig, den Nachbarorten und den Orten mit eigenen Filialen wird die Abendausgabe noch am Abend des Erscheinens ins Haus geliefert. Berliner Redaktion: Jn den Zelten 17, Fernsprech-Anschluß: Moabit Nr. 497.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8. ✦ Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694.

Anzeigenpreise: für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 1spaltige Petitzeile 25 Pf., die Reklamezeile 1 M., von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 M., kleine Anzeigen die Petitzeile nur 20 Pf. b. Wiederhol. Rab., Inserate von Behörden im amtlichen Teil die Petitzeile 50 Pf. Geschäftsanzeigen mit Platzvorschrift im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagen: Gesamtaufl. 5 M. das Tausend ausschl. Postgebühr.

Anzeigen-Annahme: Johannisgasse 8, bei sämtlichen Filialen des Leipziger Tageblattes und allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Geschäftsstelle für Berlin u. die Pr. Brandenburg: Direktion Walter Flegel, Berlin W. 10, Margarethenstraße 8. Fernsprech-Anschluß: Lützow 8971.

Nr. 284. Sonntag, den 7. Juni. **1914.**

Das Wichtigste.

* Am Sonnabend abend starb in Leipzig im Alter von 69 Jahren der Lehrer des deutschen bürgerlichen und sächsischen Rechts an der Universität Leipzig, Geheimer Hofrat Professor Dr. jur. Emil Strohal. (S. K. u. W.)

* Die Tagung der Deutschen Kolonialgesellschaft in Danzig hat am Sonnabend ihr Ende erreicht. (Siehe Ver.)

* Kardinal von Bettinger hat am Sonnabend in München seinen feierlichen Einzug gehalten. (Siehe Deutsch. R.)

* **Viviani hat dem Präsidenten Poincaré mitgeteilt, er müsse darauf verzichten, die Bildung des Kabinetts zu übernehmen. (Siehe bes. Art. und Letzte Dep.)**

* Die albanische Regierung soll die Forderungen der Albanesen bewilligt haben. (Siehe bes. Art.)

* In Berlin haben gestern die Sportwettkämpfe des deutschen Heeres und die Kaiser-Regatta begonnen. (S. Sp. u. Sp.)

Umschau.

Leipzig, 6. Juni.

Die Pfingstwoche ist seit Jahren mit Tagungen großer Vereinigungen angefüllt, deren Verhandlungsergebnisse das Interesse weitester Kreise verdienen. Als Tagungsort war diesmal unser Leipzig als Sitz der Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik bevorzugt. Es fanden sich hier neben verschiedenen Spezialverbänden die Anhänger der Esperanto-Sprache, die Vertreter des Vereins für das Deutschtum im Auslande und die Mitglieder des Ausschusses der Deutschen Turnerschaft zusammen. Die Esperantisten konnten den allgemeinen Siegeszug der Idee des russischen Arztes Dr. Zamenhof feststellen und faßten Beschlüsse, durch die der für unser Wirtschaftsleben und für dessen überseeische Beziehungen wertvollen Welthilfssprache immer neue Gebiete erschlossen werden. Im Ausschuß der Deutschen Turnerschaft, der unter dem Vorsitz des erfreulicherweise wieder recht rüstigen Geheimrats Goetz tagte, herrschte ebenfalls Befriedigung und freudige Stimmung. Denn trotz aller heftigen Anstrengungen, trotz aller widerwärtigen Schmähungen hat die Sozialdemokratie mit ihren Arbeiterturnvereinen der Deutschen Turnerschaft nichts anhaben können. 65 000 neue Mitglieder sind der Gewinn der Deutschen Turnerschaft im letzten Jahre, und insgesamt 1 400 000 deutsche Staatsangehörige huldigen begeistert unter ihren Fahnen planmäßiger Stählung und Stärkung des Körpers. Der Verein für das Deutschtum im Auslande, dessen stille zähe Arbeit an der Erhaltung und Förderung deutscher Art bei den 30 Millionen deutscher Stammesbrüder außerhalb der Reichsgrenzen erst allmählich von weiteren Schichten richtig bewertet wird, hat seiner diesjährigen Tagung durch eine hochherzige Anregung eine stärkere Bedeutung gegeben. Im Hinblick auf die hundertjährige Wiederkehr des Geburtstags des Reichsgründers wurde der Grundstock zu einer Bismarckspende gelegt. Aus deren Erträgnissen sollen Auslandsdeutschen männlichen und weiblichen Geschlechts und den Kindern von Reichsangehörigen, die im Auslande oder in den deutschen Kolonien opferfreudig dem Deutschtum dienen, Beihilfen zu ihrer weiteren Ausbildung gewährt werden. Es bedarf keiner näheren Begründung für den Wert und die Zweckmäßigkeit dieser Einrichtung; wohl aber ist ein kräftiger Ruf an alle begüterten Deutschen am Platze, diesem Sammelbecken stattliche Beiträge zufließen zu lassen, damit die Bismarckspende, ähnlich der Roseggerspende in Oesterreich, recht bald und recht ausgiebig ihren Zweck zur Freude ihrer Begründer und zum Heil für unser Deutschtum erfüllen kann.

Von den Tagungen, die während der Pfingstwoche außerhalb Leipzigs stattfanden, hat neben den Beratungen der Deutschen Kolonialgesellschaft in Danzig die Deutsche Lehrerversammlung in Kiel das stärkste Interesse beansprucht. Vor zwei Jahren suchte der Deutsche Lehrerverein der viel umstrittenen Arbeitsschule die Bahn zu ebnen, diesmal hatte er sich mit dem ungleich schwierigeren Problem der Einheitsschule beschäftigt. Für uns in Sachsen ist das kein neuer Begriff. Aus den Kämpfen um das Volksschulgesetz wissen wir wohl zu würdigen, was die Forderung bedeutet: „Die allgemeine öffentliche Schule muß jedem Kinde ohne Ausnahme jene Erziehung ermöglichen, auf die es nach Maßgabe seiner Veranlagung Anspruch erheben kann.“ Der Begründung dieses Verlangens unterzog sich mit großem Geschick der sachkundige Leiter des Münchener Schulwesens, Oberstudienrat Kerschensteiner. Das unübersichtliche Vielerlei der Schularten soll zugunsten einer größeren Einheitlichkeit des Unterrichts beseitigt werden. Die Frage der Erweiterung und Vertiefung der Bildung soll nicht in erster Linie durch Rücksichten auf die Größe des Geldbeutels der Eltern, sondern auf die Veranlagung der Kinder entschieden werden. Vor allen Dingen aber soll für den Unterricht aller Kinder während der ersten drei oder vier Schuljahre ein einheitlicher Unterbau geschaffen werden. Diesen Forderungen pflichtete die Deutsche Lehrerversammlung in Kiel einmütig bei. Ebenso einhellig stimmte die fast zu gleicher Zeit in Essen tagende Vereinigung der katholischen Lehrer Deutschlands dem Verlangen des Straßburger Historikers Martin Spahn zu, der die nationale Einheitsschule ganz in ähnlichem Sinne wie Kerschensteiner herbeiwünschte. Diese Kundgebungen für die Einheitsschule von zwei verschiedenen Seiten verdienen um so stärkere Beachtung, als noch knapp vor vier Wochen der preußische Kultusminister von Trott zu Solz im preußischen Abgeordnetenhause in bündigster Form die Einführung der Einheitsschule unter den gegenwärtigen Verhältnissen für eine Unmöglichkeit erklärte. Wenn Männer so verschiedener politischer Anschauung wie Kerschensteiner und Spahn auf dem Gebiete des Erziehungswesens sich zusammenfinden und dem gleichen Endziel zustreben, so sollte doch auch in Regierungskreisen nicht mehr so starrsinnig an der Anschauung festgehalten werden, daß die Einheitsschule etwas ganz Unerhörtes, etwas geradezu Unmögliches sei. Weitschauende Unterrichtsverwaltungen sollten vielmehr auf Grund der in Kiel und in Essen gewonnenen Erfahrungen nach Mitteln und Wegen suchen, das Problem, dessen Schwierigkeiten wir durchaus nicht verkennen, einer ersprießlichen Lösung wenigstens näherzuführen.

Der Blick aufs Ausland bot in der vergangenen Woche wenig Erfreuliches. Nach heißem Mühen schien es dem französischen Minister Viviani endlich zu glücken, ein neues Ministerium zusammenzubringen. Schon waren die Aemter verteilt, schon sollte die Ministerliste dem Präsidenten vorgelegt werden, da erklärt Viviani am Sonnabend plötzlich, daß er den Auftrag zur Neubildung des Kabinetts nicht durchführen könne. Um Léon Bourgeois für den Eintritt ins Kabinett zu gewinnen, hatte er, wohl auch unter dem Drucke des Präsidenten Poincaré, eine entgegenkommende Erklärung zugunsten des Dreijahrgesetzes abgegeben. Die genügte indes dem greisen Politiker nicht; er zog sich vielmehr unter schicklichem Vorwand, dem Hinweis auf sein Alter, zurück. Nun bekamen offenbar die radikalen und sozialistischen Elemente Oberwasser und verlangten vermutlich einen entschiedenen „Abbau“ des Dreijahrgesetzes. Die Erfüllung dieser Forderung konnte indes Viviani mit Rücksicht auf die Rede Poincarés in Rennes und vor allen Dingen auch im Hinblick auf die ziemlich unverhüllten Drohungen aus Rußland — man werde bei einer Rückkehr zum Zweijahrgesetz an dem Bündnis kein Interesse mehr haben — auf keinen Fall zusichern, und infolge dieser neuen Schwierigkeiten verlor er die Neigung zur Kabinettsbildung. Ehe es noch endgültig zusammengeleimt war, ist das Ministerium schon wieder auseinandergefallen. Die Verworrenheit der innerpolitischen Frage Frankreichs wird stärker und stärker, und fast gewinnt es den Anschein, als werde der „Rappel“ mit seiner düsteren Voraussage recht bekommen: „Noch eine oder zwei solcher Krisen, und wir werden keinen Ministerpräsidenten mehr zu suchen brauchen, sondern einen Konkursverwalter.“

Unfreundliche Kunde drang auch aus England herüber. Das Wüten der Wahlweiber, das die Kulturwelt schon wiederholt zu lebhaften Entrüstungskundgebungen veranlaßt hat, wird für das Inselreich immer mehr zur ärgsten Landplage. Die von ihrer blinden Leidenschaft aufgepeitschten Suffragetten begnügen sich nicht mehr damit, Fensterscheiben einzuschmeißen, Bilder zu zerschneiden, Häuser anzuzünden, Minister, Parlamentarier und Redakteure zu verprügeln, sie haben auch gedroht, sich an Mitgliedern der königlichen Familie zu vergreifen und gleich eine kleine „Probe“ inszeniert. Bei einer Hoffestlichkeit im Thronsaale des Londoner Königsschlosses erschienen zwei solcher hysterischer Wahlweiber — Verzeihung: die offiziös bediente Presse spricht in diesem Falle sehr rücksichtsvoll, aber doch sehr unangebracht von „Wahldamen“ — vorm Königspaare und leisteten sich da einen Auftritt, der nur dank der Geistesgegenwart und Besonnenheit des Königspaares ohne weitere peinliche Folgen blieb. Nun wollen sie ihre geifernde Wut gar an einem Kinde des Königspaares auslassen und werden am Ende, gleichsam als moderne Blocksbergreiterinnen, in Flugzeugen über den Gärten des Königspalastes erscheinen, um mit Wurfgeschossen ihrer fanatischen Zerstörungssucht schauerliche Befriedigung zu bereiten. Allzulange hat die englische Regierung den schwärenden Krebsschaden weiterwuchern lassen, ohne mit kraftvollem Schnitt eine Heilung der Wunde zu versuchen. Die rücksichtsvolle Behandlung, die den ins Gefängnis gesperrten Suffragetten zuteil geworden ist, hat deren Widersetzlichkeit nur noch bis zum äußersten gesteigert, und man kann sich drüben noch auf viel schlimmere Dinge gefaßt machen, wenn die englische Regierung nicht endlich die Maßnahmen, die sie jetzt in Aussicht gestellt hat, kraftvoll und rücksichtslos anwendet.

Das Unerfreulichste hat uns aber das Schmerzenskind Europas, das junge, von heftigen Stürmen umwitterte Fürstentum Albanien gebracht. Drei Momente sind's, die uns für die Zukunft dieses Landes Schlimmes befürchten lassen. Einmal wird es immer klarer, daß Essad Pascha trotz aller Unschuldsbeteuerungen an der Schnürung der Unzufriedenheit der Bauern erheblichen Anteil gehabt hat. Weiter mehren sich aber auch die Beweismittel dafür, daß gewisse italienische Brauseköpfe die aufkeimende Verstimmung gegen den Fürsten gefördert haben. Die kaum beschwichtigte Preßfehde zwischen Oesterreich und Italien wird angesichts der jüngsten Meldungen über gewisse Verbindungen zwischen den Aufständischen und dem Leiter der italienischen Post in Durazzo mit erneuerter Heftigkeit wieder anheben, und die Staatsmänner in Wien und in Rom werden alles aufbieten müssen, um eine Entzündung der Volksleidenschaften in beiden Staaten zu verhindern. Und dann das dritte, mehr persönliche. Fürst Wilhelm ist ein Fremdling in dem Berglande, und bei dessen rauhen Bewohnern werden die Fremdlinge stets argwöhnisch betrachtet. Er kam zu den verhältnismäßig unzivilisierten Horden aus einem Lande, das auf seine Kulturleistungen stolz sein kann. Ihm sind Anschauungen und Werturteile eingeboren, die jeder Deutsche, jeder Westeuropäer versteht, für die aber den Albaniern naturgemäß noch jedes Verständnis abgeht, weil sie eben die Vorgänge in der Welt nur aus dem Gesichtswinkel ihrer Dörfer zu betrachten gewohnt sind. So mußten aus dieser Verschiedenheit der Anschauungen Mißverständnisse erwachsen, die, von den Gegnern des Fürsten benutzt und künstlich geschürt, in offene Widersetzlichkeit ausarteten. Wir wollen wegen einzelner Maßnahmen des Fürsten nicht mit ihm rechten, wie das anderswo wohl geschieht, weil die Vorgänge in Albanien an Ort und Stelle eine ganz andere Wirkung auslösen als in den europäischen Großstädten. Zweifellos wird der Fürst den Posten, auf den er durch die Großmächte gestellt ist, nicht kampflos preisgeben. Dazu ist aber vor allem auch nötig, daß ihn der klar ausgesprochene Wille der Großmächte, der einst dieses Fürstentum schuf, in seiner Entschlußkraft stärkt und daß nicht Quertreibereien unverantwortlicher italienischer Kreise den mühsam gezimmerten Bau zertrümmern und dadurch am Ende gar noch ernstere Gefahren heraufbeschwören.

Viviani verzichtet.

Am Mittwoch war Viviani, der von dem zurückgetretenen Ministerpräsidenten Doumergue selbst zu seinem Nachfolger vorgeschlagen wurde, vom Präsidenten Poincaré mit der Kabinettsbildung betraut worden. Am Donnerstag wußte er sich ein Kabinett zustande zu bringen, und da seine Ministerliste nach längeren Verhandlungen fast vollständig war, schien ihm das auch zu gelingen. Auf Léon Bourgeois, den er gern mit in seinem Ministerium gehabt hätte, mußte er verzichten. Des Dreijahresgesetzes wegen, um das sich jetzt die ganze innere Politik Frankreichs dreht! Wegen dieses Gesetzes ist auch Vivianis Kabinettsbildung schließlich am Sonnabend vollständig gescheitert. Er hat keine Einhelligkeit unter seinen Mitarbeitern über die Stellung zum Dreijahresgesetz erzielen können und daraufhin kurzerhand seine Bemühungen aufgegeben. Wir verzeichnen darüber folgende Meldungen:

Paris, 6. Juni. Im Laufe der Besprechung, die heute vormittag im Ministerium des Innern zwischen Viviani und den von ihm in Aussicht genommenen Mitarbeitern stattfand, traten hinsichtlich der Stellungnahme zum Dreijahresgesetz neue Schwierigkeiten auf, infolgedessen die Kabinettsbildung scheiterte. Dieser Mißerfolg ist auf den Widerstand der Radikalen, insbesondere von Justin-Godart und Pouzet, zurückzuführen.

Paris, 6. Juni. Viviani hat dem Präsidenten Poincaré mitgeteilt, er müsse darauf verzichten, die Bildung des Kabinetts zu übernehmen.

Paris, 6. Juni. Wie hier bestimmt verlautet, wird die Bildung des neuen Ministeriums Delcassé und Bourgeois übertragen werden.

Die epirotischen Forderungen genehmigt.

Um die glücklich beruhigten Epiroten nicht wieder zum Aufstand zu bewegen, hat die albanische Regierung, wie es scheint, sich entschlossen, die Ergebnisse der Konferenz von Korfu anzuerkennen und den Epiroten die vereinbarten Zugeständnisse zu gewähren. Wie nötig diese Nachgiebigkeit ist, lehrt die Meldung, daß aufs neue griechische Truppen im Epirus gelandet sein sollen, um die unzufriedenen Epiroten zu unterstützen. In Durazzo sieht es sehr schlimm. Wenn auch von der Regierung fieberhaft gearbeitet wird, um die Verteidigung vorzubereiten und später auch einen Angriff unternehmen zu können, so mangelt es doch dem Fürsten vor allem an Soldaten, die zuverlässig sind. Nach Berliner Auffassung soll er auch auf die Hilfe der paar hundert Malissoren verzichten, da Verwendung dieses Stammes von Italien ungern gesehen wird. Wir verzeichnen folgende Meldungen:

Genehmigung der epirotischen Forderungen.

Durazzo, 6. Juni. Es verlautet, daß die Regierung die von den Epiroten aufgestellten Forderungen genehmigt habe.

Griechische Truppen im Epirus.

Rom, 6. Juni. Aus Brindisi wird der „Tribuna“ gemeldet, daß zwei griechische Kompanien unter Spiromilos in Santi Quaranta gelandet seien, um den neu erwachten Aufstand im Epirus zu unterstützen.

Die militärische Lage in Mittelalbanien.

Der „Wiener N. Fr. Pr.“ wird von einem militärischen Fachmann geschrieben: Die Verhandlungen zwischen der Kontrollkommission und den Aufständischen sollen vornehmlich deshalb gescheitert sein, weil die Insurgenten die Absicht verfolgen, Zeit zu gewinnen, um weitere Kräfte aus den von jungtürkischen Agitatoren durchzogenen entfernteren Gebieten Mittelalbaniens heranzuziehen. Ob sie dann den Versuch wagen werden, einen Angriff auf Durazzo zu unternehmen, darüber läßt sich heute wohl noch keine Meinung abgeben. Die Zahl der Aufständischen wird in einem Berichte unseres Korrespondenten auf etwa tausend Bauern geschätzt. Je höher die Zahl der Insurgenten anschwillt, desto größer werden auch die Schwierigkeiten ihrer einheitlichen Leitung und ihrer Verpflegung, so daß schließlich eine Entscheidung aus dem reinen Ernährungsbedürfnisse heraus wird eintreten müssen.

Es ist nicht verläßlich bekannt, über welche Streitkräfte der Fürst nach Qualität und Quantität in Durazzo gebietet. Man schätzt die Zahl seiner Kämpfer auf etwa 500 Mann, deren militärischer Wert jedoch kaum hoch zu veranschlagen ist. In Alessio südlich Skutari sollen angeblich einige tausend Malissoren bereit sein, nach Durazzo zur Unterstützung des Fürsten vorzurücken. Auch hieß es vor einiger Zeit, daß der Fürst einen Teil der im Nordepirus stehenden Gendarmerie heranzuziehen beabsichtige. Ob dies bereits geschehen ist, und wo sich diese Unterstützungen gegenwärtig befinden, läßt sich aus den vorliegenden Meldungen noch nicht ersehen.

Die Stadt Durazzo würde auch nur mit einigen hundert Mann unschwer zu verteidigen sein, wenn von den Waffen wirklich ernstlich Gebrauch gemacht würde und wenn die dem Fürsten zur Verfügung stehende Streitmacht aus verläßlichen und nicht aus kampfscheuen Elementen bestünde. Die Erfahrungen, die in dieser Hinsicht in der verhängnisvollen Nacht gemacht wurden, in welcher sich der Fürst auf Anraten des italienischen Gesandten auf ein italienisches Kriegsschiff begeben hat, geben kein günstiges Bild von den militärischen Qualitäten der Verteidiger der Stadt. Die holländischen Offiziere und Unteroffiziere allein können gegen einige tausend Insurgenten nichts ausrichten. Die vorhandenen Geschütze, die bei guter Führung an sich vielleicht genügen würden, die schmalen Zugänge auf Durazzo nachhaltigst zu verteidigen, werden von unkundigen Leuten bedient. Der österreichisch-ungarischen Offiziersmission wurde die Möglichkeit genommen, die kaum begonnene Ausbildung der Gendarmeriemannschaften im Gebrauche der Geschütze fortzusetzen.

Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft

S. & H. **Danzig**, 6. Juni.

II.

In der heutigen zweiten und letzten Sitzung der Deutschen Kolonialgesellschaft gelangte zunächst ein Antrag verschiedener rheinischer Abteilungen, denen sich die Abteilung Berlin angeschlossen hat, zur Erörterung. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Die Hauptversammlung wolle beschließen: 1. Die Einführung einer Verwaltungsgerichtsbarkeit für die Kolonien ist dringend erforderlich. 2. Die Verwaltungsgerichte sind vorläufig den bestehenden ordentlichen Gerichten anzugliedern. 3. Zuständig ist in erster Instanz das Bezirksgericht, in zweiter Instanz das Obergericht, in letzter Instanz der Kolonialgerichtshof. 4. Der Herr Staatssekretär des Reichskolonialamtes wird gebeten, dem Reichstage bei der nächsten Tagung einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.

In der Debatte über den Antrag kam zum Ausdruck, daß man nicht allzu schnell vorgehen dürfe; vor allen Dingen solle man nicht spezialisieren. — Es wird schließlich ein Antrag Hupfeld angenommen, der einfach die Errichtung eines Kolonialgerichtshofes verlangt. Damit ist der Antrag der Abteilungen gefallen.

Die Versammlung beriet dann folgenden Antrag der Abteilung Berlin: „Die Hauptversammlung möge den Herrn Präsidenten bitten, eine ständige Ueberseekommission von 9 bis 12 Mitgliedern mit dem Rechte unbeschränkter Zuwahl einzusetzen, der die Klärung und öffentliche Vertretung der überseeischen Interessen der deutschen Nation als Arbeitsgebiet zuzuweisen ist.“

Nach kurzer Begründung durch Regierungsrat Leidig (Berlin) und nach kurzer Debatte wurde der Antrag angenommen.

Es folgte ein Antrag der Abteilung Westliche Vororte Berlins, der lautete: „Die Hauptversammlung wolle beschließen, den Herrn Staatssekretär des Reichskolonialamtes zu ersuchen, bei den Kultusministerien der Bundesstaaten und sonstigen geeigneten Stellen dahin zu wirken, daß den Söhnen und Töchtern von deutschen, nicht hinreichend bemittelten Kolonialsiedlern zum Zwecke des Besuches deutscher höherer, mit Internat verbundener Schulen finanzielle Erleichterungen zuteil werden.“

Die Hauptversammlung nahm sodann den Bericht der Sanitätskommission entgegen. Als Endresultat der Beratungen der Kommission haben sich folgende vier Anträge ergeben:

1. In denjenigen Kolonien, wo noch keine Verordnungen zur Seuchenbekämpfung erlassen sind, ist — ähnlich wie in Deutsch-Ostafrika und